

DIAS-Analyse

Nr. 43 · November 2009

Vinzenz Himmighofen

*United Nations Mission to
Afghanistan – Zwischen
humanitären Prinzipien
und der Erfüllung des Auf-
trags*

www.dias-online.org

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstr. 1 D-40225 Düsseldorf

Vinzenz Himmighofen

Vinzenz Himmighofen, geboren am 26.07.1986 in Worms, studiert Islamwissenschaft und Politikwissenschaft in Heidelberg. Er ist Stipendiat des Evangelischen Studienwerks. Schwerpunkte seiner Arbeit sind u. a. der Afghanistan-Konflikt, der internationale islamistische Terrorismus sowie Theorien der internationalen Beziehungen.

Vinzenz Himmighofen ist erreichbar unter vinzenz_himmighofen@web.de.

Vinzenz Himmighofen, United Nations Mission to Afghanistan – zwischen humanitären Prinzipien und der Erfüllung des Auftrags,

DIAS-Analyse Nr. 39, November 2009
Düsseldorf, November 2009

Herausgeber
Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1 D-40225 Düsseldorf

www.dias-online.org

© 2009, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS)

ISBN:

Inhaltsverzeichnis

Gegenstand	1
Grundlegendes zum Engagement der Vereinten Nationen in Afghanistan	2
Das Disarmament, Demobilization and Reintegration Programme (DDR)..	3
Das Verhältnis zwischen dem internationalen Militär und den humanitären Akteuren in Afghanistan	5
Das Verhältnis zwischen der Regierung Karzai und den humanitären Akteuren in Afghanistan	6
Die UNAMA und die Organisation der Wahlen	8
Fazit	9

United Nations Mission to Afghanistan – Zwischen humanitären Prinzipien und der Erfüllung des Auftrags

Auf die Vereinten Nationen wurde in der Vergangenheit immer wieder zurückgegriffen, wenn es um die Lösung und Konsolidierung eines internationalen Konflikts ging. UN-Missionen besetzten Pufferzonen, vermittelten zwischen Konfliktparteien und halfen beim Wiederaufbau vom Krieg betroffener Gebiete. Dabei stützte sich die Eignung als Mittler insbesondere auf ihren Grundsatz der Unparteilichkeit. In den letzten Jahren sind UN-Mitarbeiter jedoch immer öfter Ziel von Anschlägen geworden – insbesondere in Afghanistan. Einer der Gründe dafür ist, dass es der UN-Mission wie auch den vor Ort arbeitenden NGOs immer schwerer fällt, sich von den beteiligten Konfliktparteien abzugrenzen. Im Folgenden sollen die Umstände dieser Situation aufgezeigt und ihre Ursachen analysiert werden.

Gegenstand

„We talk a lot about an integrated approach. What does that mean? It means to me that we proceed in a way that allows the civilian and humanitarian and the political dimension to have the space required to move forward and to expand. We have to be able to bring the various dimensions of our work together in a coherent approach. I will take seriously my mandate with regard to civil-military coordination, but I will never do that in a way that compromises the impartiality of the United Nations and the unique role that it has to play in the political and civilian field“. (Sondergesandter der UN in Afghanistan, Kai Eide, auf einer Pressekonferenz in Kabul am April 2008)

„Integrated approach“, „civil-military coordination“ und ähnliche Schlagwörter sind bei Pressekonferenzen und Diskussionsrunden zum Thema Afghanistan zuletzt immer öfter gefallen, wenn es um eine strategische Neuausrichtung im Kampf gegen die Taliban und um die *hearts and minds* der afghanischen Bevölkerung ging. Während es für manche Politiker und Offiziere wie eine Verheißung scheint, so stellt doch die praktische Umsetzung von zivilmilitärischer Kooperation insbesondere den zivilen Akteur immer wieder vor erhebliche Probleme, wie Kai Eide in obigem Zitat andeutet. Die humanitären Prinzipien, die sich die Vereinten Nationen für ihre Missionen auferlegt haben, wie z. B. die im Ausschnitt aus der Pressekonferenz bereits angesprochene Unparteilichkeit/Neutralität (*impartiality*) machen eine Kooperation mit den jeweiligen Parteien eines Konflikts schwierig, weil sie die Grenzen zwischen ziviler und militärischer Mission verschwimmen lässt. Die Bewahrung der (wahrgenommenen) Unparteilichkeit ist für die Vereinten Nationen nicht nur deshalb so von Bedeutung, weil sie relevant für die Reputation und Macht der Organisation ist, sondern auch, weil eine Beeinträchtigung dieses Prinzips das Modell „UN-Friedensmission“ insgesamt gefährdet. Die Akzeptanz der Vereinten Nationen als Mediator in internationalen Konflikten würde sinken, ohne dass ein äquivalenter Ersatz bereit stünde.

Der Afghanistan-Konflikt ist in diesem Zusammenhang ein spezieller Fall, da mit den Taliban eine Gruppierung vorhanden ist, die die Unparteilichkeit der UN wie auch die der unzähligen NGOs im Land nicht anerkennt. Die Folgen waren und sind Anschläge auf humanitäre Helfer und Einrichtungen, was bisweilen zum Abzug von Hilfsorganisationen geführt hat, wie etwa *Médecins Sans Frontières* vor einigen Jahren. Zivilmilitärische Kooperation kann aber nur dann effektiv praktiziert werden, wenn die Unparteilichkeit des zivilen Partners nicht beeinträchtigt ist, denn genau dieses Attribut ist sein Alleinstellungsmerkmal und macht ihn für den militärischen Akteur erst interessant. Folglich müsste man davon ausgehen können, dass alle Parteien in einem Konflikt bemüht sind, diese Unparteilichkeit zu bewahren.

Was also hat die derzeitige Situation, in der sich humanitäre Helfer in Afghanistan wiederfinden, begünstigt? Welche strukturellen Voraussetzungen wurden seitens des Auftraggebers der UN-Mission, dem UN-Sicherheitsrat, im Bezug auf die Wahrung der Unparteilichkeit geschaffen? Und inwiefern haben UNAMA und NGOs ihren Reputationsschaden möglicherweise auch selbst verschuldet? Auf diese Fragen sollen im Folgenden erste Antworten gegeben werden.

Grundlegendes zum Engagement der Vereinten Nationen in Afghanistan

Die Vereinten Nationen sind nicht erst in Folge der Anschläge vom 11. September am Hindukusch tätig. Das mit der Eroberung Kabuls seitens der Sowjetunion erstmals zu größerer Bekanntheit gelangte Engagement der Vereinten Nationen in Afghanistan weitete sich über die Zeit immer weiter aus. Das geschah weniger aus dem Motiv heraus aktiv Entwicklungs- und Aufbauhilfe leisten zu wollen, sondern die Maßnahmen waren eher reaktiver Natur – die Konflikte in Afghanistan wurden nicht weniger, was nach einer verstärkten Präsenz verlangte. 1994 wurde die *United Nations Special Mission in Afghanistan* (UNSMA) entsandt, um mit der Einberufung einer Loya Jirga eine Übergangsregierung einzusetzen und dieser beim Aufbau von Polizei, Armee und Staatsapparat zu assistieren. Diese Bemühungen scheiterten mit der Machtübernahme der Taliban in Kabul am 27. September 1996 endgültig¹.

Sechs Jahre später stehen die Vereinten Nationen in Afghanistan wieder im Fokus. Nach dem Angriff der USA brauchte es ein tragfähiges und besser aufgestelltes humanitäres Konzept in Afghanistan, um die durch Krieg, Vertreibung, rückkehrende Flüchtlingsströme und die aufgrund einer Dürre in den Jahren 1999-2001 herrschende Nahrungsmittelknappheit größer gewordenen Leiden abfedern zu können². Es ist nicht zuletzt auf das Wirken Lakhdar Brahimis zurückzuführen, dass man in der UN von der Idee Abstand nahm, die US-Amerikaner auch mit dem Aufbau der afghanischen Verwaltung und der Etablierung von staatlichen Strukturen zu betrauen³. Die einige Monate nach der Bonn-Konferenz vom UN-Sicherheitsrat beschlossene UN-Mission war demnach mehr als nur humanitärer Natur, was folgender Abschnitt aus den Beschlüssen in Bonn veranschaulicht:

„The participants in the UN Talks on Afghanistan hereby [...] strongly urge that the United Nations, the international community and regional organizations cooperate with the Interim Authority to combat international terrorism, cultivation and trafficking of illicit drugs and provide Afghan farmers with financial, material and technical resources for alternative crop production.“ (Bonn Agreement, Annex III.6)

Dieser Ausschnitt zeigt deutlich, dass diese Mission für die Vereinten Nationen eine völlig neue Herausforderung darstellte (und noch immer stellt). Nicht mehr nur humanitäre Hilfe in Form von Nahrung, Medikamenten etc., sondern auch der Kampf (*combat*) gegen Terrorismus und Drogenschmuggel wird mit in die Zuständigkeit der UN gestellt. Die Taliban, die an dieser Konferenz als einzige Konfliktpartei nicht vertreten waren, werden an dieser Stelle folglich offiziell zum Gegner der UN-Mission erklärt.

¹ Jean Rodrigue PARÉ, „Afghanistan: UN-Intervention“, Parliamentary Information and Research Service, Publication PRB 07-26E, 2007, S. 1ff.

² Peter MARSDEN, „Afghanistan: The Reconstruction Process“, International Affairs, Vol. 79, Nr.1, 2003, S. 91-105, hier S.92.

³ Anita I. SINGH, *The United States, South Asia and the Global Anti-Terrorist Coalition*, New Delhi, 2006, S. 19.

Auch der Paragraph 4 des UN-Sicherheitsratsbeschlusses 1868 vom März 2009 über die Verlängerung der UNAMA verdeutlicht in diesem Zusammenhang noch einmal, dass die Neutralität der Mission vor Ort auch auf dem Papier nicht gegeben ist.

„...strengthen the cooperation with ISAF at all levels [...] in order to improve civilmilitary coordination, to facilitate the timely exchange of information and to ensure coherence between the activities of national and international security forces [...]“ (UN-Sicherheitsratsresolution 1868)

Gemäß diesem Abschnitt sind die Vereinten Nationen in Afghanistan nicht nur selbst mit dem Militär vernetzt, sondern die Mission soll auch Mitverantwortung dafür übernehmen, dass die einzelnen PRTs untereinander, sowie die afghanischen und die internationalen Sicherheitskräfte, nicht gegeneinander arbeiten, sondern sich gegenseitig stützend agieren. Laut dem Beschluss nimmt die UNAMA damit eine in diesem Umfang noch nie dagewesene Mittlerrolle zwischen den einzelnen Militärkontingenten (bzw. den PRTs) seiner Mitgliedsstaaten ein. In Abschnitt C desselben Paragraphen werden neben der Implementierung des *Afghanistan-Compact* sowie der *Afghan National Development Strategy* (ANDS) auch Bemühungen „to facilitate inclusion in and understanding of the Government’s policies“ als Ziel festgeschrieben. Es ist an dieser Stelle wohl berechtigt zu fragen, warum eine (offiziell) demokratisch gewählte Regierung der Erklärung einer UN-Mission bedarf. In dem Abschnitt ist von *policies* die Rede, also von den Inhalten politischer Programme, und nicht etwa von politischen Spielregeln, Verfassung u. ä. (*politics, polity*). Letzteres wäre im Sinne einer demokratischen Entwicklung Afghanistans jedoch sinnvoller, da man lange über Politikinhalt streiten kann, wenn der *modus operandi* ihrer Umsetzung darüber hinaus im Unklaren bleibt. Nehmen UN-Mitarbeiter den Auftrag ernst, der Bevölkerung Politikinhalt der Regierung zu vermitteln, so verhalten sie sich innerhalb des politischen Spektrums nicht nur nicht mehr neutral, sondern sie verzerren auch den politischen Wettbewerb. Im Zusammenhang mit den unlängst abgehaltenen Wahlen wirft diese Praxis folglich Zweifel an der Chancengleichheit der Präsidentschaftskandidaten auf.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass schon die strukturellen Rahmenbedingungen, die der Auftrag, aber auch die Natur des Konflikts an sich vorgeben, es der UNAMA unmöglich machen, den eigenen humanitären Prinzipien treu zu bleiben. Die internationale Gemeinschaft verpflichtete die Vereinten Nationen nicht nur, den Taliban den „humanitären Krieg“ zu erklären, sondern auch durch den Auftrag Demokratie und Rechtsstaat aufzubauen mit einer afghanischen Regierung zu kooperieren, die selbst kein neutraler Akteur ist. Beides ist letztlich mit humanitären Prinzipien unvereinbar, zumal die Förderung von Demokratie in der UN-Charta nicht explizit erwähnt wird.

Das Disarmament, Demobilization and Reintegration Programme (DDR)

Das *United Nations Department for Peacekeeping Operations* (UNDPKO) definiert Entwaffnung im humanitären Einsatz (disarmament) als die Sammlung, Überprüfung und Beseitigung von Handfeuerwaffen und leichtem Kriegsgerät sowie die Entwicklung verantwortungsbewusster Waffenverwaltungsprogramme (*responsible arms management programmes*) nach Beendigung der Kampfhandlungen⁴.

⁴ Mark KNIGHT, Alpaslan ÖZERDEM, „Guns, Camps and Cash: Disarmament, Demobilization and Reintegration of Former Combatants in Transitions from War to Peace“, *Journal of Peace Research*, Vol. 41, Nr. 4, 2004, S. 499-516, hier S. 499.

Demobilisierung bezeichnet den Prozess, in dem mindestens eine kämpfende Partei oder der militante Arm einer der Konfliktparteien im Aufkommen an Truppenstärke und Feuerkraft zumindest reduziert wird. Daraufhin muss den ehemaligen Kombattanten die Möglichkeit geboten werden, in ihre frühere Gemeinschaft bzw. in ihre Familie zurückkehren zu können. Danach beginnt das letzte „Stadium“ des Prozesses, in dem die repatriierten Kämpfer und ihre Familien reintegriert werden. Hier beginnt in der Regel die „klassische“ humanitäre Hilfe wie das Verteilen von Nahrungsmitteln und der Aufbau von Gesundheits- und Erziehungseinrichtungen. Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration sind also eher als linearer Prozess zu verstehen an dessen Ende im Idealfall eine friedliche und prosperierende Gesellschaft steht. Die Planer humanitärer Einsätze sehen jedoch auch die Möglichkeit DDR-Programme noch vor der Beendigung der Kampfhandlungen als Teil der Lösung des militärischen Konflikts durchzuführen. Diese Art von UN-Mission findet in einem solchen Fall unter ungleich schwierigeren Bedingungen statt. Der Erfolg hängt sehr stark von der politischen Situation und dem Willen der Konfliktparteien an dem Programm teilzunehmen ab⁵. Hinzu kommt der Faktor Zeit. Nach der Beendigung eines Konflikts ist man zwar angehalten relativ zügig mit der Entwaffnung zu beginnen, der Zeit- und Erfolgsdruck während eines Konflikts ist jedoch ungleich stärker. Besteht keine Aussicht auf eine Lösung des Konflikts, wird sich keine Konfliktpartei freiwillig entwaffnen lassen. Darüber hinaus müssen Anreize geschaffen werden, mit denen der einzelne Kämpfer aus rationaler Überlegung heraus zu dem Entschluss kommen kann, die Waffe abzugeben.

In Afghanistan stand die UN einer solchen Situation gegenüber. Der Konflikt war (und ist) noch nicht vorbei und es bestand auch auf absehbare Zeit keinerlei Aussicht auf eine nachhaltige Friedenskonsolidierung. Darüber hinaus hat Entwaffnung nur einseitig stattgefunden. Zwar wurden auch viele tadschikische Kämpfer der *Northern Alliance* entwaffnet, die die US-amerikanischen Kräfte beim Sturz der Taliban unterstützt hatten, jedoch lag der Fokus der Entwaffnungs- und Demobilisierungsbestrebungen auf den Angehörigen der Taliban sowie den Privatarmeen der lokalen Warlords. Dieses Ungleichgewicht im Entwaffnungsprozess schlug sich nicht nur im bescheidenen Erfolg des DDR-Programms nieder, sondern beeinträchtigte auch die Reputation der Vereinten Nationen vor Ort, die als parteiisch wahrgenommen wurden. Die Art und Weise, in der entwaffnet wurde, hat zu dieser Wahrnehmung einiges beigetragen. Da man die Erfahrung gemacht hat, dass materielle Anreize der effektivste Weg sind, Kombattanten dazu zu bewegen, ihre Waffen abzugeben, hatte sich die UNAMA darauf eingelassen, für abgegebene Waffen Geld ausbezahlen⁶. In dieser Konstellation nahmen die Kämpfer die tendenziell bessere Verhandlungsposition ein, weil es für sie eigentlich keinen Grund gab, die Waffen abzugeben (da in diesem Fall der Konflikt ja noch nicht vorbei war), die UNAMA jedoch die Waffen unbedingt haben wollte, nicht zuletzt um in der Öffentlichkeit den Erfolg der Mission propagieren zu können. Im Falle des Warlords Mohammad Jalal z. B. wurde die Entwaffnung regelrecht öffentlich inszeniert. Abgegeben wurden jedoch fast nur alte Kalaschnikows (AK-47), für die die UN pro Stück 100 US-Dollar auszahlte. Auf dem freien Markt war eine Kalaschnikow zu dieser Zeit für ca. 70 US-Dollar zu haben⁷. Folglich machte der Warlord mit dieser Aktion einen hohen Gewinn bei einer gleichzeitigen Modernisierung seines Handfeuerwaffenarsenals und das DDR-Programm hatte einen (vordergründigen) Erfolg zu verzeichnen. Es zeigt sich also, dass mit dieser Aktion das Gegenteil dessen erreicht worden ist, was eigentlich die Intention war. Der Konflikt wurde weiter unterstützt, anstatt ihm durch nachhaltige Entwaffnung den Nährboden zu nehmen. Zudem wurde das Entwaffnungsprogramm selbst von ehemals hochrangigen Politikern unterlaufen.

⁵ KNIGHT, ÖZERDEM, op. cit., S. 500.

⁶ Ebd., S. 505.

⁷ Martin BARAKI, „Afghanistan nach den Präsidentschaftswahlen“, in: Ralph-M. Luedtke; Peter Strutynski (Hrsg.): *Permanenter Krieg oder nachhaltiger Frieden? Interessen, Mächte und Gegenkräfte in der Weltpolitik*, Kassel, 2005, S. 106-125, hier S. 116f.

So explodierte in der nordafghanischen Provinz Baghlan im Mai 2005 ein Munitionsdepot des Verteidigungsministers a. D. Fahim, dass zu diesem Zeitpunkt eigentlich schon längst hätte aufgelöst sein sollen⁸. Das DDR-Programm wurde bald nach der Gründung eines Nachfolgeprogramms DIAG (Disbandment of Illegal Armed Groups) durch die afghanische Regierung aufgegeben. DIAG stellte den Kämpfern kein Geld zu Verfügung und seine Strategie stützte sich zu meist auf Überzeugungsarbeit. Das Programm wurde 2007 jedoch aufgrund mangelnden Erfolgs eingestellt. Viele Stämme verweigerten die Entwaffnung mit der Begründung, den Taliban sonst keinen Widerstand mehr leisten zu können⁹.

Das Verhältnis zwischen dem internationalen Militär und den humanitären Akteuren in Afghanistan

„Stressing the central role that the United Nations continues to play in promoting peace and stability in Afghanistan, noting, in the context of a comprehensive approach, the synergies in the objectives of the UNAMA and of ISAF, and stressing the need for further sustained cooperation, coordination and mutual support, taking due account of their respective designated responsibilities.“ (UN-Sicherheitsratsresolution 1776)

Das vorliegende Zitat verdeutlicht sehr anschaulich den Zwiespalt, dem humanitäre Helfer und ISAF-Soldaten gegenüberstehen, wenn sie zur Kooperation nicht nur per Beschluss, sondern auch aufgrund der Lage vor Ort gezwungen sind. Kooperation ist auf der einen Seite notwendig, um Mitarbeitern von NGOs und UNAMA Sicherheit und damit überhaupt erst die Möglichkeit zu bieten, „am Boden“ arbeiten zu können. Natürlich können humanitäre Organisationen ihre Belegschaft auch in ungesicherte Gebiete schicken, in der Überzeugung, dass sie aufgrund ihrer Eigenschaft als humanitäre Helfer verschont bleiben würden, doch dieses Risiko geht nach zahlreichen Entführungen von „westlichen“ Zivilisten wohl keine Organisation mehr ein. Gleichzeitig kann Kooperation mit ISAF oder OEF Einheiten aber auch eine zusätzliche Gefährdung bedeuten, da humanitäre Arbeiter nicht mehr als neutral, sondern als zugehörig zur militärischen Mission wahrgenommen werden (s. u.). Dies ist einer der zentralen Gegensätze, die sich auch im Zitat Eides (s.o.) widerspiegeln. Jedoch hat nicht nur die UNAMA Schwierigkeiten sich klar von der militärischen Mission abzugrenzen. Im August 2009 veröffentlichte *Bild am Sonntag* ein Gastkommentar des neuen Vorstandsvorsitzenden der Welthungerhilfe, Wolfgang Jamman¹⁰. Darin bezeichnet er die zivilmilitärische Zusammenarbeit der Bundeswehr als „Sündenfall“, da sich deutsche Soldaten als Entwicklungshelfer gerieren, und damit die Grenzen zwischen Entwicklungshilfe und militärischem Auftrag verwischen würden. Die Bundeswehr habe die Arbeit ihres PRTs nicht nur für politische und militärische Zwecke missbraucht, sondern diese Art der Aufbauhilfe sei auch zu einem wichtigen Bestandteil der Militärstrategie geworden. Durch die mangelnde Trennung zwischen militärischen und humanitären Auftrag, sei die Sicherheit der Entwicklungshelfer bedroht, so Jamman. Er ist nicht der erste, der diese Kritik übt und sie scheint berechtigt, wie andere Fälle zeigen. So wurde laut einem UNOCHA Bericht bis in den vergangenen Juni über die Farbe von ISAF-Fahrzeugen gestritten. Viele gepanzerte Fahrzeuge der Mission waren auf weiß umlackiert worden, um den Soldaten darin mehr Sicherheit zu geben. Weiße Allrad-Jeeps sind bis dato immer von NGOs und den Vereinten Nationen benutzt worden, um sich klar von militärischen Vehikeln abzugrenzen.

⁸ BARAKI, op. cit., S. 116f.

⁹ Kenneth KATZMANN, Afghanistan: Post-Taliban Governance, Security, and U.S. Policy, Congressional Research Service, RL30588, August 2009, S. 15f.

¹⁰ Wolfgang JAMMAN, „Soldaten sind keine Entwicklungshelfer“, Bild Am Sonntag, 16.08.2009, <http://www.bild.de/BILD/news/standards/kommentar/2009/08/16/gast-kommentar/soldaten-sind-keine-entwicklungshelfer.html>, aufgerufen am 21.08.2009, 22.15 Uhr.

Die ISAF-Mission hat also die Symbolwirkung der weißen Farbe ausgenutzt, um sich selbst zu schützen. Der schwere Nebeneffekt war und ist, dass dadurch die humanitären Organisationen, die die eigentlichen „Nutzer“ der Farbe waren, stärker bedroht werden als zuvor. Das hat natürlich nicht nur Auswirkungen auf die Sicherheit deren Mitarbeiter, sondern auch auf den Aufbauprozess selbst – wo humanitäre Helfer zunehmend Opfer von Gewalttaten werden, ziehen ihre Organisationen sie ab oder verlassen das Land ganz.

ISAF konnte dann im Juni nach jahrelanger Lobbyarbeit davon überzeugt werden, ihre Fahrzeuge nicht mehr weiß zu lackieren¹¹. Die über Jahre hin gezielt erzeugte Verwirrung der Bevölkerung über die Zugehörigkeit von Fahrzeugen wird sich hingegen nicht so schnell auflösen lassen. Dieser Fall ist wohl leider typisch für das Verhältnis zwischen dem Militär und den humanitären Organisationen. Im Vorfeld der Invasion des Irak im Jahr 2003 sagte der damalige US-Außenminister Colin Powell, humanitäre Organisationen seien Bestandteil der neoimperialistischen Strategie. Sie würden mit dem Militär marschieren und nach der Beendigung der Kampfhandlungen den „Scherbenhaufen“ wegräumen. Allein dies mache ihre Bedeutung und ihr Machtpotential aus¹². Dass es der US-Regierung gelungen ist, insbesondere NGOs für ihre militärische Planung zu instrumentalisieren, kann man durchaus als clever bezeichnen. Es zeigt sich hier jedoch, dass humanitäre Organisationen ihren Teil dazu beitragen, immer weniger als unbefangen und neutral angesehen zu werden. So koordiniert zum Beispiel das *World Food Programme* seine Hilfsgüterlieferungen mit ISAF und lässt seine Konvois von ihr eskortieren. Im Falle eines Angriffs auf den Konvoi verteidigen ISAF Einheiten also den Konvoi, was unweigerlich zu der Wahrnehmung führt, das *World Food Programme* und ISAF gehörten zusammen¹³. Inwiefern sich Kooperation mit Militär und die Notwendigkeit durch dieses geschützt zu werden einander bedingen, lässt sich nicht zweifelsfrei sagen.

Dass hier ein Zusammenhang besteht, scheint jedoch sicher. Denn noch bis Ende der 80er Jahre hatte die UN mit allen Anrainern Afghanistans sowie allen Konfliktparteien innerhalb Afghanistans einen sog. „humanitarian consensus“ vereinbart. Dieser erlaubte es den Vereinten Nationen mit ihrem Personal uneingeschränkt Landesgrenzen zu passieren, sowie zwischen den Gebieten, die jeweils von der Regierung und von den Mudjahedin kontrolliert wurden, frei hin und her zu pendeln. Eine solche Vereinbarung gibt es heute nicht mehr. Das ist zu einem nicht unerheblichen Teil der veränderten Natur des Konflikts geschuldet, sicherlich aber auch, abseits der Rhetorik, der fehlenden Wertschätzung humanitärer Prinzipien zuzuschreiben¹⁴.

Das Verhältnis zwischen der Regierung Karzai und den humanitären Akteuren in Afghanistan

Das bestimmende Moment zwischen der afghanischen Regierung und der UNAMA ist (zumindest nach Papierlage) der „*light footprint – approach*“, welcher einst von dem früheren UN-Sondergesandten in Afghanistan, Lakhdar Brahimi, entwickelt wurde. UNAMA-Mitarbeiter sind damit beauftragt, Kapazitäten innerhalb der afghanischen Ministerial- und Verwaltungsstruktur aufzubauen. Dies soll mit so wenig internationalem und so viel afghanischem Personal wie möglich geschehen – daher der Name¹⁵.

¹¹ UNOCHA, „Afghanistan. Aid Agencies win NATO concession on vehicle markings“, <http://www.reliefweb.int/rw/rwb.nsf/db900SID/VDUX-7SLJRC?OpenDocument&RSS20=02>, 1.06.2009, aufgerufen am 5.07.2009, 21.15 Uhr.

¹² BARAKI, op. cit., S. 123.

¹³ Antonio DONONI, „Afghanistan: Humanitarianism under Threat“, Feinstein International Center Briefing Paper, TUFTS University, 2009, S. 9.

¹⁴ BARAKI, op. cit., S. 4.

¹⁵ Yuka HASEGAWA, „The United Nations Assistance Mission in Afghanistan. Impartiality in New UN Peace Operations“, *Journal of Intervention and Statebuilding*, Vol. 2, Nr. 2, 2008, S. 209-226, hier S. 217.

Das Konzept ist ein Resultat von Erfahrungen aus früheren Missionen, in denen zu viele internationale Mitarbeiter zumindest passiv eine Einbindung lokaler Kräfte in den Transitionsprozess verhindert hatten, wodurch Hilfsleistungen mitunter doppelt erbracht wurden und letztlich der Gesamtentwicklung des Krisengebietes nicht gedient war¹⁶.

Die Gründe einen „*light footprint – approach*“ zu implementieren sind demnach nachvollziehbar, jedoch hat das Konzept im afghanischen Kontext einige negative Folgeerscheinungen, da die UNAMA es zum Einen nicht geschafft hat, sich konsequent so weit als möglich aus dem politischen Prozess innerhalb der afghanischen Strukturen herauszuhalten, und zum Anderen hat die enge Kooperation mit der Regierung Konsequenzen für die Wahrnehmung des UN-Engagements. So fühlte sich die afghanische Regierung beim Aufbau ihres Verwaltungssystems bevormundet und beschwerte sich regelmäßig darüber, dass man selbst kaum die Möglichkeit bekomme über die Verwendung von Spenden zu bestimmen. Gelder würden direkt an das ICRC oder die UN fließen, und dann von diesen ohne Rücksprache mit der Regierung ausgegeben¹⁷. Ergebnis dieser Art und Weise der Spendenallokation ist nicht nur eine ineffektive Verwendung, sondern auch eine Bremsung des Aufbauprozesses insgesamt, da mit dem vorhandenen Geld in einem koordinierten Programm wesentlich mehr erreicht werden könnte. Zudem ist dadurch von dem Konzept des „*afghan ownership*“ nicht mehr viel übrig. Zwar verhandeln NGOs und die Vereinten Nationen natürlich mit den Machthabern vor Ort, um bestimmte Projekte abzusichern, jedoch erhält sich die Macht dieser Fürsten eher durch das Gewehr als durch den Stimmzettel. Insgesamt resultiert diese Praxis also in einer Schwächung der Zentralregierung – das Gegenteil dessen, was man sich zum Ziel gesetzt hatte¹⁸. Was an der einen Stelle zu wenig Unterstützung für die Regierung ist, scheint an anderer Stelle eher zu viel, wie ein Ereignis aus den Anfängen der Mission zeigt.

So wurden Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan, über die die UNAMA vor der Wahl 2002 Kenntnis erlangte, bewusst nicht öffentlich kritisiert, da sie Karzai belastet hätten. Brahimi verkündete öffentlich, Gerechtigkeit habe keine Priorität und „*politics is the art of the possible [...] choices have to be made [...] our responsibility to the living has to take precedence over accountability for the dead*“¹⁹. Es ist nicht verwunderlich, dass die UNAMA mit dieser Äußerung schon in den Anfängen der Mission viel Kredit verspielt hatte – insbesondere bei der Bevölkerung, aber auch bei internationalen Geldgebern. Denn mit der Wahrung humanitärer Prinzipien habe diese Äußerungen nichts mehr gemein. Diese Ereignisse zeigen, dass die UNAMA und die Regierung in Kabul zu Beginn der Mission Schwierigkeiten hatten zu einer geregelten Kooperation zu finden, in der beide ihr Gesicht wahren konnten. Man kann diese Entwicklung auch als Resultat des Zwiespalts betrachten, in dem sich die Vereinten Nationen 2002 sahen. Auf der einen Seite hatte man sich in Afghanistan zu einer Rolle im Hintergrund verpflichtet (*afghan ownership*), auf der anderen Seite wollte man sich Macht und Verantwortung im Wiederaufbauprozess zu sichern, da man die eigene Legitimität global bedroht sah – die Vereinten Nationen sollten als humanitärer Akteur wieder unersetzlich werden²⁰.

¹⁶ PARÉ, op. cit., S. 2.

¹⁷ MARSDEN, op. cit., S. 95.

¹⁸ Jonathan GOODHAND, „Aiding Violence or Building Peace? The Role of International Aid in Afghanistan“, *Third World Quarterly*, Vol. 23, Nr. 5, 2002, S. 837-859, hier S. 849.

¹⁹ Norah NILAND, „Justice Postponed: The Marginalization of Human Rights in Afghanistan“, in: Antonio DONONI, Norah NILAND, Karin WERMESTER (Hrsg.): *Nation Building Unraveled? Aid, Peace and Justice in Afghanistan*, Bloomfield, 2004, S. 61-82, hier S. 75.

²⁰ Paul O'BRIEN, „Old Woods, New Paths and Diverging Choices for NGOs“. in: Antonio DONONI, Norah NILAND, Karin WERMESTER (Hrsg.): *Nation Building Unraveled? Aid, Peace and Justice in Afghanistan*, Bloomfield, 2004, S. 187-203, hier S. 195.

Die UNAMA und die Organisation der Wahlen

In der oben bereits zitierten Resolution 1868 des UN-Sicherheitsrates gibt es für die Wahlen im August einen eigenen Abschnitt. In diesem Unterpunkt werden diese Wahlen zu Recht als „crucial“ bezeichnet, da Mehreres auf dem Spiel steht. Sie sind ein Gradmesser für die Akzeptanz demokratischer Strukturen und einer pluralistischen Gesellschaft in der Bevölkerung und für die Macht der Taliban im Land, die versucht haben, die Menschen mit allen Mitteln davon abzuhalten, an die Urne zu gehen. Das wiederum fällt auf den Erfolg oder Misserfolg der internationalen Truppen zurück, die damit beauftragt waren die Wahlen abzusichern. Schließlich wird auch die UNAMA an dieser Wahl gemessen werden, denn sie ist die Organisation, die der afghanischen Regierung bei der Durchführung assistiert hat. In Anbetracht dieser Bedeutung wird erwartet, dass alles für freie und faire Wahlen getan wird, wie es der UN-Generalsekretär Ki-Moon im Vorfeld der Wahlen ausdrücklich gefordert hat²¹.

Jedoch wurde während der Vorbereitung der diesjährigen Wahlen die Gelegenheit, Ungereimtheiten der letzten Wahlen zu korrigieren, versäumt. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen kauften lokale Warlords in großem Stil Wahlkarten auf, deren Preis immer teurer wurde, je näher der Wahltermin rückte. Profiteure dieser Praxis waren insbesondere Al-Qaida und die Taliban, die sich frühzeitig mit diesen Karten eingedeckt hatten²². Zwar hat die UNAMA im Vorfeld der Wahlen einen neuen Registrationsprozess eingeleitet, jedoch stand diese Möglichkeit nur den Menschen zu, die ihre Karten verloren hatten, neu zugezogen waren oder aufgrund ihres Alters zum ersten Mal die Gelegenheit zum Urnengang hatten. Die alten Wahlkarten haben ihre Gültigkeit behalten. Grund dieser Praxis ist, dass die UNAMA bisher noch keine Volkszählung durchgeführt hat und von daher nur schätzen kann, wie viele Wahlberechtigte es gibt²³.

So musste dann auch Margie Cook, die Chef-Wahlbeobachterin der UNDP, in einem Interview am 29. Juni 2009 eingestehen, dass es kaum möglich sei, Inhaber von mehreren Wahlkarten davon abzuhalten, auch mehrfach wählen zu gehen. Cook schränkte diesbezüglich zwar ein, dass man nicht abwaschbare Tinte als Markierung einführen werde, sagte aber trotzdem Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen voraus. Auf die Frage hin, ob man denn bei den UN bestimmte Kriterien entwickelt habe, an denen man den Erfolg der Wahlen messen könne, antwortete Cook: „Well, I use the word acceptable. The elections have to be acceptable to the people of Afghanistan. The outcome has to be seen to be one that is performed as effectively as possible with the least interference, as peacefully as possible, and there is no dispute over the result [...]“²⁴.

Faktisch gesteht Cook hier ein, dass die UN kaum Handhabe besitzt faire und freie Wahlen sicherzustellen, was in Anbetracht des Geforderten viel zu wenig ist. Darüber hinaus bietet diese Einstellung reichlich Angriffsfläche, wenn man der UNAMA eine indirekte Unterstützung Karzais unterstellen möchte. Denn die Inhaber mehrfacher Wahlkarten sind hauptsächlich die lokalen Warlords, denen das System guten Verdienst und Machterhalt garantiert. Solange die Zentralregierung unter Karzai so schwach bleibt, wie sie momentan ist, solange werden die Warlords auch für Karzai stimmen. Jüngste Berichte, wie die der Wahlbeobachtungsmission der Europäischen Union (EU EOM), bestätigen Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Wahlausgangs.

²¹ Ban KI-MOON, „The Situation in Afghanistan and its Implications for International Peace and Security“. A/63/751-S/2009/135, 2009, S.3.

²² BARAKI, op. cit., S. 106.

²³ KI-MOON, op. cit., S. 3.

²⁴ UNAMA, „Level of Interest for Vote should be kept alive“, UNDP/ELECT, Interview with Margie Cook (Chief Electoral Supervisor with UNDP) 29.6.2009, <http://www.reliefweb.int/rw/rwb.nsf/db900sid/EGUA-7TGMLW?OpenDocument&query=margie%20cook&cc=afg>, aufgerufen am 4.08.2009, 20.15 Uhr.

So gab es laut den EU-Wahlbeobachtern 214 Wahllokale, in denen mehr Stimmen abgegeben wurden, als Wähler für diese Wahlstation registriert waren. In über 2400 Wahllokalen konnte ein Kandidat mehr als 90 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen, was nicht nur im Vergleich verdächtig erscheint²⁵.

Fazit

Die vorliegenden Ergebnisse haben gezeigt, dass es der UNAMA wie auch vielen NGOs in Afghanistan bisher nicht gelungen ist, ihren Auftrag mit den eigenen humanitären Prinzipien in Einklang zu bringen. Das Zustandekommen eines Modells wie das des *humanitarian consensus* in den 80er Jahren scheint seit dem Einsatzbeginn der UNAMA noch nie so weit entfernt gewesen zu sein wie heute. Bei einer Antwort auf die Frage, wer und was dafür verantwortlich ist, gestalten sich jedoch einseitige Schuldzuweisungen als außerordentlich schwierig. Zwar sind die Vereinten Nationen politisch von geringer Relevanz, jedoch bietet der humanitäre Sektor noch immer die Chance, die eigene Einzigartigkeit und Unersetzlichkeit unter Beweis zu stellen. Insbesondere Brahimi war offensichtlich der Ansicht, Afghanistan sei eine gute Gelegenheit diesen Beweis auch zu führen, sonst hätte er den Aufbau des afghanischen Staatsapparates den USA überlassen. Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Bedeutungsverlust kann man der UNAMA jedoch sicherlich nicht vorwerfen, aus Kalkül eigene Prinzipien zu missachten. Eine gewisse Fahrlässigkeit ist diesbezüglich jedoch unübersehbar. Das schlechte Geschäft beim Tausch von Waffen gegen Geld oder der Schutz eigener Fahrzeuge durch Militär sind dafür nur einige Beispiele.

Gerade letzterer Fall zeigt aber auch die andere Seite der Medaille. Bestimmte strukturelle Zwänge und die Situation vor Ort lassen der UNAMA keine andere Wahl, als mit den eigenen Prinzipien zu brechen, sei es um den eigenen Mitarbeitern mehr Schutz zu gewähren, oder um Erfolge vorweisen zu können, damit die internationale Unterstützung nicht wegbriecht. Dazu kommt die geographische Lage. Afghanistan hat große Bergregionen, die nur schwer oder gar nicht zugänglich sind, was z. B. eine Volkszählung für eine Wählerregistrierung bei instabiler Sicherheitslage ein äußerst zeitaufwendiges Unterfangen werden lässt. Zudem ist die UNAMA gezwungen intensiv mit einer Regierung zusammenzuarbeiten, die selbst kein neutraler Akteur ist – etwas, das zwischen ISAF, OEF und Taliban gerne vergessen wird. Insofern kann man auch der internationalen Gemeinschaft und insbesondere den involvierten Sicherheitsratsmitgliedern vorwerfen ein einst gewichtiges Instrument der zwischen- und innerstaatlichen Konfliktbeilegung – die Neutralität (oder zumindest deren Wahrnehmung) der Vereinten Nationen – weiter verschlissen zu haben. Denn die veränderte Perzeption der UN in Afghanistan hat nicht nur nationale Auswirkungen, sondern gefährdet auch alle anderen UN-Missionen auf dem Globus. Ihre Sicherheit baut zuvorderst darauf, dass sie keine Partei ergreifen und nur dann kommen sie als Friedenssicherer in Betracht.

Die grundsätzliche Frage, die sich an dieser Stelle auftut ist, für wen die UN eigentlich arbeiten sollen und wollen – für die Macht der ständigen Sicherheitsratsmitglieder oder für die eigenen humanitären Prinzipien? Dieses Verhältnis ist nicht per se widersprüchlich, doch die Realität zeigt, dass Beides nur schwer in Einklang zu bringen ist²⁶. Man kann durchaus argumentieren, dass die Charta der Vereinten Nationen für solche Missionen wie die in Afghanistan nicht gemacht worden ist und damit liegt man womöglich auch nicht falsch.

²⁵ EU EOM, „EU EOM urges immediate action against large-scale fraudulent results“, 8.9.2009, http://www.eueom-afghanistan.org/EN/PDF/Press/PressReleaseEUlaunch080909_Eng.pdf, aufgerufen am 13.9.2009, 16.00 Uhr.

²⁶ Bruce D. JONES, „Aid, Peace and Justice in a Reordered World“, in: Antonio DONONI, Norah NILAND, Karin WERMESTER (Hrsg.): *Nation Building Unraveled? Aid, Peace and Justice in Afghanistan*, Bloomfield, 2004, S. 207-224, hier S. 220.

Doch auf diese Weise löst sich das Problem nicht. Ein Anfang wäre zum Beispiel die Reform der Zuständigkeiten für die Entsendung von Missionen – in anderen Worten: eine Schwächung und/oder Umgestaltung des UN-Sicherheitsrates. Durch eine breitere Legitimierung von UN-Friedensmissionen wäre möglicherweise auch der Bedeutungsverlust der UN zumindest teilweise aufzufangen. Die Vernachlässigung oder Nichtbeachtung humanitärer Prinzipien in Afghanistan seitens derer, die sie eigentlich fördern sollen, ist also auch auf die Struktur der internationalen Beziehungen zurückzuführen. Ob diesbezüglich zeitnah ein Umdenken stattfinden wird, ist zu bezweifeln. Jedoch können auch die Vereinten Nationen selbst einiges dazu beitragen, international an Wertschätzung zu gewinnen. *Neutralität* und *Unparteilichkeit* nicht nur als Instrument, sondern auch als Ziel einer jeden Mission zu betrachten, wäre ein Anfang²⁷.

²⁷ Michael BARNETT, „Humanitarianism Transformed“, *Perspectives on Politics*, Vol. 3, Nr. 4, S. 723-740, 2005, passim.

DIAS-Analysen

- | | | |
|----|--|----------------|
| 1 | Rainer Winkler
Die Irak-Krise im Bundestagswahlkampf 2002 | August 2003 |
| 2 | Rouven Klein
Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP): Finalität europäischer Integration und Projekt dauerhaften Friedens. Eine Konzeption auf der Grundlage der Zivilisierungstheorie von Dieter Senghaas | Oktober 2003 |
| 3 | Michaela Hertkorn
Warum die deutsch-amerikanischen Beziehungen von zentraler Bedeutung für das atlantische Bündnis sind: Deutschlands theoretische Rolle in der Mitte Europas (auch in Englisch erschienen) | November 2003 |
| 4 | Heiko Borchert
Linking Corporate Governance with Good Governance: An Increasingly Important Foreign Policy Task | Dezember 2003 |
| 5 | Heiko Borchert / Daniel Maurer
Comeback, Toolkit, or Dissolution? Five Scenarios for NATO's Future | Januar 2004 |
| 6 | Marc Houben
Operations in Iraq. The New Face of International Crisis Management | Juli 2004 |
| 7 | Michaela Hertkorn
Why German-US Relations Still Matter to the Transatlantic Alliance. One Year After the War in Iraq | August 2004 |
| 8 | Dimitrios Argirakos
Die Bush-Doktrin | November 2004 |
| 9 | Babak Khalatbari / Marc Lauterfeld
Under Full Sail in a Millenium of Migration? Enlargement in the East and "Push and Pull Factors" in the South | November 2004 |
| 10 | Babak Khalatbari / Marc Lauterfeld
Ein libysches Märchen aus 1001 Nacht. | November 2004 |
| 11 | Dustin Dehéz / Babak Khalatbari
Die regionale Dimension der Globalisierung. Konsequenzen für Staat und Gesellschaft | Februar 2005 |
| 12 | Marwan Abou-Taam
Die Psychologie des Terrors – Gewalt als Identitätsmerkmal in der arabisch-islamischen Gesellschaft | Februar 2005 |
| 13 | Roman Schmidt-Radefeldt
Die Weiterentwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im EU-Verfassungsvertrag: Auf dem Weg zu einer europäischen Armee? | April 2005 |
| 14 | Henrike Paepcke
Another U.N. Secretary-General soon Decapitated? | Mai 2005 |
| 15 | Babak Khalatbari
Der Nahe Osten, Nordafrika und die Europäische Union. Mögliche Entwicklungsszenarien und ihre Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft | Juni 2005 |
| 16 | Dustin Dehéz
Ein neuer Krieg am Horn von Afrika? – Die vergessene Friedensmission an der Grenze zwischen Äthiopien und Eritrea | September 2005 |

17	Cornelia Frank Polens Sicherheitspolitik in der Transformation	Oktober 2005
18	Dustin Dehéz Somalia vor der Rückkehr der Übergangsregierung – Eine Anleitung zum Scheitern äußerer Interventionen	Oktober 2005
19	Glenn Gassen Finnland und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)	April 2007
20	Marwan Abou-Taam Terrorismus – die Operationalisierung eines Begriffs	Mai 2007
21	Rana Deep Islam Education in Afghanistan - A Requirement for Assuring Security an Development	November 2007
22	Kludia Köhn Ceska Republika, Die Tschechische Republik im Überblick	Februar 2008
23	Florian Schröder Länderstudie Republik Polen	März 2008
24	Dominik Kneer Länderstudie Indonesien	März 2008
25	Stefanie Maqin, Michael Schwarz Internationale Migrations- und Flüchtlingspolitik und die Asylpolitik westlicher Länder	März 2008
26	Cornelia Albert Länderstudie Lettland	März 2008
27	Philipp Schweers Still a "Civilian Power" - The changing approach in German Security Policy after 1990	März 2008
28	Mark Hauptmann Länderstudie Volksrepublik China	März 2008
29	Rana Deep Islam The Accession of Turkey to the European Union	Mai 2008
30	Mark Hauptmann Die chinesischen Interessen in den Sechsparteiengesprächen	Mai 2008
31	Kati Jensch Die Entwicklung der Auslandsinvestitionen in Argentinien nach der Wirtschaftskrise 2001	Juni 2008
32	Julia Kaazke Sicherheit <i>vs</i> Umweltschutz?!	Juni 2008
33	Dr. Christian Wipperfürth Russland - Zentralasien - Afghanistan: Ein Beziehungsgeflecht	Juni 2008
34	Stefan Haid Why President Obama Should Read Thucydides	November 2008
35	Oliver Schmidt Assessing the reasons for a US Ballistic Missile Defence	November 2008
36	Marwan Abou-Taam Die djihadistische Gruppe und die Suche nach Identität	Dezember 2008

37	Philipp Schweers India and Pakistan: Trapped in a security paradox?	Dezember 2008
38	Philipp Schweers The Privatized Military Industry - Legal black hole or lucky chance?	January 2009
39	Christopher Radler Islamistisch motivierte Selbstmordattentate als „Rituale der Moderne“?	Februar 2009
40	Christopher Radler Suicide Attacks Driven by Islamic Fundamentalism as "Rituals of Modernity"?	April 2009
41	Sabine Schulz Das Rote-Khmer-Strafgericht in Kambodscha Über die völkerstrafrechtliche Aufarbeitung des Massenmordes	Juni 2009
42	Sabine Schulz The Khmer Rouge Tribunal in Cambodia Internationalized prosecution of the mass murder	July 2009

DIAS ANALYSEN stehen unter <http://www.dias-online.org/31.0.html> zum Download zur Verfügung.

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik

2003 an der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf gegründet, versteht sich das DIAS als unabhängige, interdisziplinäre und wissenschaftliche Denkfabrik, die strategische Politikberatung für Kunden aus dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor anbietet und als Plattform den Dialog und den Ideenaustausch zwischen Nachwuchskräften aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht bzw. moderiert. Das Institut organisiert zu diesem Zweck jährlich die Düsseldorfer Rede sowie weitere Veranstaltungen mit Vertretern verschiedener Anspruchsgruppen und stellt seine Arbeit der breiten Öffentlichkeit im Rahmen verschiedener Publikationsserien zur Verfügung.

© Copyright 2009, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik,
Universitätsstraße 1 Geb. 24.91, D-40225 Düsseldorf, www.dias-online.org